Hundsfelder Stadtblatt

Mit den amtlichen Bekanntmachungen.

Dieses Blatt erscheint Sonnabend und Mittwoch früh. — Preis pro Monat 50 Goldpfennig, ausschließlich Botenlohn bezw. Postgebühren
Erfüllungsort Hundsfeld bei Breslau.

Zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung für Hundsfeld, Sacrau und Umgegend.

Fernsprecher Nr. 44.

Insertionsgebühr für die einspaltige kleine Zeile 10 Goldpfennige, außerhalb des Kreises 15 Goldpfennige, Reklamezeile 30 bezw. 45 Goldpfennige. Inserate werden bis Dienstag bezw. Freitag nachm. 2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breslauerstraße 22, angenommen.

Nr. 80 — **Mittwoch, den 7. Oktober 1925** — **21. Jahrg.**

Konferenzbeginn in Locarno.

An diesem Montag haben also in Locarno, in der italienischen Schweiz, am Nordzipfel des Langen Sees die mündlichen Verhandlungen über den deutschen Paktvorschlag beginnen. In der kurzen Zeit, die seit dem ersten Auftauchen des Vorschlages verstrichen ist, hat sich nicht nur die Welt, sondern auch der Vorschlag bedeutend geändert. Was als ein simpler Vertragsvorschlag über die Sicherheit der deutschen Westgrenze ursprünglich gemeint war, ist inzwischen zu einem allgemeinen Problem geworden, das alles wieder in Frage gestellt hat, was in Versailles die Entente geglaubt hatte, für unabsehbare Zeiten aufgerichtet zu haben.

Am Anfang der Verhandlungen steht die einmütige Abweisung der in der deutschen Paktnote angedeuteten Wünsche. Die Wünsche gehören aber absolut zu jenen Fragen, die sauber beantwortet und gelöst werden müssen, wenn Locarno mehr werden soll als ein Possenspiel. Man weiß natürlich auch auf der Ententeseite, daß die „Berechtigung" der beiden deutschen Anregungen, die Zurücknahme der Schuldlüge durch die Versailler und die Räumung Kölns durch die Engländer, über jedem Zweifel steht. Es handelt sich aber nicht um Recht, sondern um Macht, und es braucht einiger Zeit, um rechtlose Gewalt in ihrer Ohnmacht zu enthüllen.

Ohne einen Schuß zu tun, bei steigender Wehrlosigkeit, hat Deutschland es erlebt, daß der großmächtige Militärstaat Frankreich, der die Welt beherrschte und straflos einen so ungeheuerlichen Rechtsbruch wie den Einbruch in die Ruhr vollziehen konnte, ohne daß England auch nur zu mucksen wagte, sich schweigend neben Deutschland auf die Bank der Schuldner hat setzen müssen, und seine Staatssouveränität ist für den Sieger ebenso prekär wie für Deutschland.

Vergleicht man Deutschlands Weltstellung heute mit der vor einem Jahre zur Zeit der Genfer Protokolldebatten und der Londoner Konferenz, so ist der Unterschied greifbar. Damals diktierte man im Genfer Protokoll ein neues System des Ententefriedens, ohne sich um Deutschland zu kümmern, und nach London zur Konferenz durfte Deutschland erst im letzten Augenblick auf Wink kommen und unterschreiben. Bis zum letzten Moment blieb es zweifelhaft, ob Deutschland überhaupt noch geladen würde, oder ein faltes Diktat zu empfangen hätte. Heute ist das Genfer Protokoll in tausend Fetzen zerrissen und die letzte Tagung des Bundes im September hat das kläglichste Ergebnis gezeitigt und sein Ansehen erneut tief erschüttert. Seine Haltung in der Mossul-Frage, in der Frage Danzig-Polen in den Fragen der Minoritäten hat erwiesen, daß er zu keiner irgend brauchbaren Arbeit fähig ist. Er kompromittiert durch seine allzu große Gefügigkeit seine Herren, die ihn als Feigenblatt brauchen wollen. Unter diesen Umständen haben die Ententemächte mit allem Nachdruck auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gedrängt. Sie sind uns nachgelaufen, und es ist ein Beweis für die erstarkte politische Stellung Deutschlands, daß es sich in diesem Augenblick derartiger Zumutungen erwehren konnte.

Deutschland hat für den Eintritt seine Bedingungen gestellt, und sie sind nicht bloße Einfälle, als daß Deutschland auf gutes Zureden auf sie verzichten könnte. Die Reise des russischen Außenministers Tschitscherin nach Berlin hat die große Bedeutung, die die deutsche Paktpolitik nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten ebenfalls besitzt, stark hervortreten lassen. Deutschland wird sich auf keinen Fall in eine Feindschaft gegen Rußland durch den „Völkerbund" hineinhetzen lassen. Das wäre ein wahrhaft schlechtes Geschäft.

Presseempfang der deutschen Abordnung.

Wie unser Berichterstatter in Locarno meldet, hat die deutsche Delegation im Sonntag die Vertreter der deutschen Presse im Hotel Esplanade, dem Sitze der deutschen Delegation, empfangen. Reichskanzler Dr. Luther wies darauf hin, daß abgesehen von den großen Schwierigkeiten, die das Pakt- und Schiedsgerichtsproblem aufwerfe, die Aufgaben dieser Zusammenkunft dadurch kompliziert worden seien, daß auf der Gegenseite eine Verbindung des Sicherheitspaktes mit der Völkerbundsfrage als unumgänglich bezeichnet worden sei. Die deutsche Regierung habe dieser Forderung, durch die weitere Probleme aufgerollt würden, nicht widersprochen. Die Abrüstung Deutschlands, ohne daß die durch den Versailler Vertrag vorgeschriebene allgemeine Abrüstung von Deutschlands Nachbarn eingeleitet worden sei, in Verbindung mit der fortdauernden und zum Teil noch auf lange Jahre vorgesehenen Besetzung deutschen Gebietes schaffe für Deutschland auf dem Wege zur Erreichung des Friedens eine konkrete und besondere Lage.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann befaßte sich besonders mit den aus Deutschland vorliegenden Nachrichten über eine ganze Anzahl Unterredungen, die der russische Außenkommissar Tschitscherin Pressevertretern inzwischen gewährt habe, und bemerkte dazu, die Besprechungen, die Tschitscherin mit dem Reichsaußenminister in Berlin gehabt habe, und die zum Abschluß der zweijährigen Verhandlungen über einen deutschrussischen Handelsvertrag führen werden, seien in manchen Erörterungen dieser Interviews als eine Spitze gegen das Verhandlungsziel von Locarno ausgedeutet worden, — eine Auslegung, die vollkommen gegenstandslos sei. Auf der anderen Seite habe man offenbar in Rußland eine Zeitlang ernste Befürchtungen gehegt, daß Deutschland mit seiner Teilnahme an der Zusammenkunft in Locarno eine vollkommene Aenderung seiner Politik und eine westliche Orientierung vornehmen wolle. Insofern seien die Vereinbarungen, die unmittelbar vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno getroffen worden seien, eine Klarstellung der Absicht Deutschlands, sich den Weg nach Rußland offen zu halten. „Für uns gibt es, sagte Dr. Stresemann, keine Option zwischen Ost- und Westpolitik. Wir wollen nach beiden Seiten in guten Beziehungen leben." Der Minister ging weiter auf Meldungen aus der deutschen Presse über die innere Lage ein und gab dabei seinem Bedauern Ausdruck, daß man gerade in dem Augenblick, wo deutsche Regierungsmitglieder in eine überaus schwierige und dornenvolle Verhandlung mit den Alliierten eintreten wollen, innerpolitische Meinungsverschiedenheiten zu Hause mit besonderer Schärfe ausfechten zu wollen scheine. Dr. Stresemann wies in Zusammenhang damit darauf hin, daß er z. B. als Führer der damals stärksten Oppositionspartei während der Genueser Konferenz, an der Wirth und Rathenau teilnahmen, jede innerpolitische Opposition für die Dauer der Konferenz eingestellt und diesen Standpunkt auf das Entschiedenste öffentlich im Reichstag vertreten habe.

Die erste Besprechung.

Die erste Besprechung der Ministerzusammenkunft in Locarno findet Montag 11 Uhr vormittag im Konferenzsaal des Justizgebäudes statt. An der Besprechung nehmen die Delegierten in Begleitung ihrer engsten Mitarbeiter teil.

Volkswut gegen die Franzosen in Damaskus.

Nach einem Funkspruch des Berliner Lokalanzeigers aus Kairo kam es in Damaskus bei der Feier des Geburtstages des Propheten Mohammed zu sehr ernsten Ausschreitungen gegen französische Offiziere und Soldaten, die von der Menge überfallen wurden. Die französische Flagge wurde von der erregten Menge zerrissen und in den Straßenschmutz gezerrt. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Etwa 5000 Menschen, mit Schwertern und Gewehren bewaffnet, zogen singend und schreiend durch die Stadt, umstellten die Gendarmerie und beschuldigten die eingeborenen Polizeibeamten des Verrates an dem Propheten. Erst gegen Mitternacht verlief sich die Menschenmenge.

An der Schwelle des Grauens. 17

Roman von Arthur K. Rees.

Berechtigte Uebersetzung von Else v. Hollander-Lossow

Mir fiel ein, daß mir vor Jahren einmal dieses Buch in die Hände gekommen war und mir das Grausigste vor Augen stand, was ich je gelesen hatte. Ich begann darin zu blättern, um zu sehen, ob es noch das alte Gruseln hervorrufen könne, wirklich fand ich mich bald in den Bann gezogen Bei dem Schein zweier Kerzen las ich weiter und immer weiter, ohne auf die Zeit zu achten, und vertiefte mich in die schauerliche Geschichte von einer Frau, die im Schlaf ermordet wird, indem man ihr einen Nagel in den Kopf schlägt, — als ich auf einmal draußen einen sonderbaren Ton hörte.

Zunächst wurde meine Aufmerksamkeit nur teilweise erregt. Die Schreie des Opfers in meiner Geschichte hallten in meiner Einbildung wieder, und der Ton von draußen schlug an ein unachtsames Ohr. Aber die Achtlosigkeit währte nur einen Augenblick. Die Fortdauer der äußeren Störung unterbrach bald den Kontakt zwischen mir und dem Autor. Ich legte das Buch beiseite und verhielt mich ruhig, während ich mit gespannten Sinnen lauschte.

Der Ton war regelmäßig und rhythmisch. Es war ein schwaches andauerndes Klopfen ähnlich dem fernen Ton einer kleinen Trommel, nur etwas dumpfer. Mir fiel ein, was Doktor Penhryn darüber gesagt hatte, und ich fragte mich, ob dieses Geräusch eine natürliche Ursache haben könne, wie etwa das Murmeln der See oder das Heulen des Windes an den holen Steinen der Austernbank. Aber die Nacht war still und die See fünf Meilen entfernt. Wieder lauschte ich, und diesmal glaubte ich das Dröhnen lauter zu hören; es schien mir von den Mooren nördlich von der Garage herzukommen.

Ich kletterte nach meiner Fensteröffnung hinauf und blickte mich um. Man sagt, daß in Cornwall seltsame Dinge nach Mitternacht sichtbar sind, — aber vielleicht war mir die Gabe der Vision versagt, denn nirgends konnte ich eine Spur von einem Trommler gewahren, der gespenstisch durch die Dunkelheit der Moore huschte. Dennoch kam der Ton rasch näher, und ich glaubte etwas Drohendes darin zu hören — eine Warnung für jeden, der dieses vernahm. Voll Neugier beugte ich mich weiter vor. Bei meiner raschen Bewegung streifte ich aber die Kerze an meinem Bett, die mit einem plötzlichen Aufflammen erlosch. In diesem Augenblick verstummte der Ton.

Ich wartete am Fenster auf das Wiedereinsetzen, aber das Geräusch kam nicht wieder. Eine halbe Stunde verging, und die tiefe Stille wurde nicht gestört. Dennoch lag mir immer noch dieser Ton in den Ohren und ich blieb auf meinem Posten und durchspähte die schweigende Landschaft nach irgendeiner Gestalt, aber vergebens. Nichts regte sich auf den Wellenlinien der Moore.

Meine Geduld begann sich zu erschöpfen und ich wollte mich schon vom Fenster zurückziehen, als mein wachsames Ohr ein anderes Geräusch auffing. Es kam vom Hause und klang wie das vorsichtige öffnen eines Fensters oder einer Tür. Ich blickte nach dem Hause hinüber.

Das Haus lag schweigend und dunkel da, und ich konnte nichts sehen. Aber einen Augenblick später sah ich eine Gestalt unter meinem Fenster vorbeigehen und rasch den Hügel ersteigen.

Ich blieb noch einige Minuten am Fenster, aber ich erblickte die Gestalt nicht wieder. Ich griff nach meinen Streichhölzern und zündete die Kerze wieder an, aber „Onkel Silas" reizte mich nicht mehr. Ich hatte seltsamere Dinge gesehen und gehört, als das Buch mir zu bieten vermochte. In großer Erregung suchte ich mein Bett auf und schlief nach einer Weile ein.

Als ich am Morgen erwachte, strömte die Sonne hell und leuchtend in meine Stube. Aber ich stand mit beschwertem Gemüt auf, noch ganz mit den Ereignissen der Nacht beschäftigt, und nicht ahnend, daß der neue Tag eine noch größere Ueberraschung bringen werde. Nach meinem Bad in der improvisierten Badeeinrichtung, die ich mir selber in der Garage geschaffen hatte, war ich fast geneigt, über meine nächtlichen Aengste zu lachen und begab mich frisch und munter über den steinernen Hof nach der Küche, um zu frühstücken.

Die Alte war da und starrte wie immer in das Herdfeuer. Sie stellte einen Suppennapf vor mich auf den Tisch, wendete sich aber, gegen ihre Gewohnheit, nicht wieder dem Herde zu, sondern sah mich mit ihren zwinkernden Augen an, in denen ich zu meinem Erstaunen eine gewisse Unruhe bemerkte, wie die dumpfe Frage in den Augen eines Tieres, wenn es aus der Fassung gebracht ist.

„Was ist?" fragte ich sie.

„Ich fürchte mich," war die Antwort, die sie im Flüsterton gab.

„Wovor denn?" sagte ich ruhig, um sie nicht aufzuregen obwohl mir die Pulse schlugen.

„Sie sind fort," sagte sie.

Ich glaubte nicht recht zu hören. „Wer ist fort?"

„Sie!" Sie machte mit dem Kopf eine Bewegung nach oben. Es ist niemand im Hause. Als ich nach oben kam, waren sie fort. Sehen Sie selber nach!"

Voll Erstaunen entsprach ich ihrer Aufforderung, ging durch die unteren Räume und fand sie leer. Ich wollte hinaufgehen, aber ein gewisses Zartgefühl hielt mich zurück, als ich schon den Fuß auf die unterste Stufe setzte. Ich war nur der Chauffeur und hatte kein Recht, die Schlafzimmer der Familie zu durchsuchen, auch wenn die Familie nicht anwesend war. Darum kehrte ich in die Küche zurück, um von der Alten Näheres zu erfahren.

Das erwies sich jedoch als unmöglich, sie hatte sich auf die Stufen gesetzt, die vom Flur hinunterführten, und bedeckte die Augen mit der Schürze.

Nachdem ich den Fall durchdacht hatte, beschloß ich, nach St. Bree zu gehen und Doktor Penhryn zu benachrichtigen. Aber ich hätte mir diese Mühe ersparen können, denn als ich die zwei Meilen auf dem staubigen Wege zurückgelegt hatte, erfuhr ich von seiner Haushälterin, die gerade die Stufen vor der Haustür scheuerte, daß der Doktor früh am Morgen nach Pencanze gegangen sei und vor Nachmittag nicht erwartet wurde. Es blieb also nichts übrig, als nach Charmingdene zurückzutrotten.

So war ich etwa eine halbe Stunde gegangen, als meine Augen auf ein Mädchen fielen, das den Abhang eines Hügels herunterkam. Als sie sich näherte, sah ich zu meiner grenzenlosen Verwunderung, daß ich die Nichte meines Arbeitgebers vor mir hatte.

Als sie mich sah, schien sie ebenfalls überrascht zu sein, mich hier zu sehen, und wollte ihren Schritt beschleunigen, um an mir vorüberzugehen. Aber ich vertrat ihr den Weg.

„Ich habe nach Ihnen gesucht," erklärte ich.

In meiner Freude, sie unversehrt zu sehen, ließ ich auf einmal die gesellschaftliche Kluft zwischen einem Chauffeur und der Nichte seines Arbeitgebers außer acht. Sie aber sah mich nur an und sagte:

(Fortsetzung folgt.)

„Zustände im Sparkassenwesen?"

Die Zeugenaussage eines Regierungspräsidenten.

Am Sonnabend ist in Torgau in dem Prozeß gegen den Landrat Vogl von Liebenwerda und seinen Sparkassendirektor Merres der vorgesetzte Regierungspräsident von Merseburg, Grützner, nebenbei ein Parteigenosse Vogls, vernommen worden. Dieser hohe Verwaltungsbeamte über die Sparkassen, zumindesten in zwei von ihm verwalteten Regierungsbezirken, hat Aeußerungen getan, die das größte Aufsehen erregen und das Zutrauen zu den Sparkassen stark gefährden müssen. Der Regierungspräsident von Merseburg sagte nach dem Bericht des Berl. Lok. Anzeigers:

Die erste Beschwerde gegen Vogl sei von dem Bürgermeister Stiehler (Elsterwerda) eingereicht worden, gegen den selbst ein Disziplinarverfahren wegen seiner eigenen Sparkasse schwebe. Vergeblich habe das Regierungspräsidium versucht, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Erst im Mai habe Landrat Vogl einen Brief an den Regierungspräsidenten gerichtet, worin es hieß, daß er jetzt erst zu seinem größten Erstaunen erfahren habe, daß Merres Kreditgeschäfte mit der Firma Schmidthals in Rügenwalde gemacht habe. Darauf entschloß sich der Regierungspräsident, gegen Merres vorzugehen, und beauftragte einen seiner Dezernenten, Meldung bei der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei Berlin zu erstatten und die Vernehmung des Meeres zu überwachen. Bei diesen Vernehmungen habe sich dann ein dienstlich sehr ungünstiges Bild ergeben. Grützner selbst fuhr nach Berlin. Dort bestritt dann Vogl jede Kenntnis über die fingierten Sparkassenbücher. Merres dagegen erklärte dem Regierungspräsidenten unter vier Augen, er wolle doch offen sein. Schon im Jahre 1924 habe ihm Schmidthals die Generalvertretung für seine Firma für Berlin angeboten. Er habe deshalb auf die Verbindung mit Schmidthals Wert gelegt.

Ueber die Zustände im Preußischen Sparkassenwesen äußerte sich dann nochmals Regierungspräsident Grützner. Er gab an, bei seinem Dienstantritt in Merseburg am 15. September 1924 habe er wenig schöne Zustände in dem Sparkassenwesen seines Regierungsbezirkes vorgefunden. Es sei richtig, daß auch bei anderen Sparkassen der Provinz sich ähnliche Zustände ergeben hätten wie in Liebenwerda.

N.-A. Fitzau: Und wie war es in Düsseldorf? (Dort war Grützner früher.)

Regierungspräsident Grützner: Noch schlimmer. Ueberhaupt kann ich hier erklären, daß durch die Handhabung der Sparkassenverwaltung durch die Kommunalverbände sehr schwere Schäden entstanden sind, und darauf auch die scharfen Erlasse des Ministers zurückzuführen sind.

Der Handelsetat im Landtag.

Am Freitag und Sonnabend wurde im Landtag über Handel und Gewerbe gesprochen. Die Aussprache zum Handelsetat wurde eingeleitet von einer Rede des Volksparteilers Dr. Pinkerneil. Er führte aus: Die Wirtschaft muß wieder lernen, zu kalkulieren; sie muß den Mut zur Rationalisierung finden. Das reiche Deutschland hat den Pfennig geehrt; das arm gewordene Deutschland mißachtet vielfach den Groschen. Rationalisierung heißt Anpassung der Produktion an den Verbrauch, Verzicht auf Eigenbrödelei, Normung und Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder. Wir stützen mit aller Macht den selbstständigen Kaufmann, den Industriellen und den Handwerker, aber das heißt nicht, daß jede Selbständigkeit gestützt werden muß. Ohne grundlegende Reform der Banken- und Kreditpolitik geht die Wirtschaft zugrunde. Wir sind nicht blind bei der Betrachtung der Schwierigkeiten, die unseren Geldinstituten die wünschenswerte Tätigkeit gehemmt haben, aber wir sind auch nicht überzeugt davon, daß die augenblickliche Geld- und Bankenpolitik richtig ist. Eine weitere Ermäßigung des Diskontsatzes ist möglich, wichtiger ist aber die Verkürzung der Spanne zwischen Diskontsatz und Leihzins. Die Banken mögen die Folgen einer unpopulären Zinspolitik bedenken. Die Kontrolle über die Vergebung öffentlicher Gelder muß scharf sein. Hier hat der Staat die Macht, die Zinsen zu senken. Die Banken sind notwendige Glieder der Wirtschaft. Sie sind aber nicht ihre Herren, sondern ihre Treuhänder. Der Redner forderte größere Aktivität Preußens gegenüber der Reichsbahn, um eine gesündere Frachtenpolitik herbeizuführen. Die Haltung der Reichsbahn gegenüber den Anschlußinhabern gleiche einem Skandal. (Zustimmung.) Der Redner erklärte sich für Schutz einer gesunden Kartellpolitik und für Bekämpfung von Kartellübergriffen. Der Ruf nach Ersparnissen gelte in erster Linie den Kommunen, von denen ein großer Teil sich nicht auf die Armut des Volkes und Staates besinnen könne.

Am Sonnabend beriet man nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen den Gesetzentwurf zur Ueberleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff nahm zur Begründung kurz das Wort. Er wies darauf hin, daß die Vorauszahlung für 1925 sich möglichst der endgültig festzusetzenden Steuer anpassen solle, und kündigte im übrigen ein neues Gesetz an. Der Entwurf wurde angenommen mit folgender von Deutschnationalen, Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Wirtsch. Vereinigung unterstützten Aenderung:

„Der für den Ablösungsbetrag des Rechnungsjahres 1924 maßgebende Steuergrundbetrag für die Gewerbesteuer kann auf Antrag herabgesetzt werden wenn bei einem Unternehmen besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, die seine Steuerfähigkeit wesentlich beeinträchtigt haben. Als wirtschaftliche Verhältnisse dieser Art können auch wesentliche Verluste in Betracht kommen, die ich bei einem Vermögensvergleiche ergeben."

Angenommen wurden ferner zwei Anträge, wonach u.a. Gemeinden mit besonders hohen Zuschlägen zu den Grundbeträgen der Gewerbe- Kapital bezw. Lohnsummensteuer im Interesse notleidender Gewerbesteuerpflichtiger eine wesentliche Senkung der Steuerbeträge eintreten kann. Darauf setzte man die Beratung des Handelsetats fort.

Der Deutschnationale Wiedemann forderte Erleichterung der Steuerlast der deutschen Wirtschaft, damit die Wirtschaft wieder Betriebskapital ansammeln könne. Der Zentrumsabgeordnete Lange-Dittersbach sprach die Hoffnung aus, daß auch in Preußen eine amtliche Stelle analog dem Reichskommissar geschaffen werde, um die Belange des Einzelhandels wahrzunehmen. Der Volksparteiler Heidenreich wandte sich gegen den Luxus, der zu einem Teil von weiblichen Abgeordneten der Sozialdemokratie auch im Parlament getrieben werde. Er sprach sich für weitere Ausbildung der Handels- und Gewerbekontrolleure aus. Der Kommunist Koffmann beschwerte sich über die zahlreichen Verkehrsunfälle in Berlin und forderte Sozialisierung der Verkehrsunternehmungen.

Mißtrauensantrag gegen Severing.

Die Deutschnationale Landtagsfraktion hat zum Haushalt des Innenministeriums, dessen Beratung für die Woche nach der Pause erfolgt, die bekanntlich in der nächsten Woche eintreten soll, folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag entzieht dem Minister des Innern das Vertrauen."

Rußlands Bedenken.

Erklärungen Tschitscherins.

Bei einem Empfang in der russischen Botschaft sprach Sonnabend Tschitscherin über die gegenwärtige politische Lage, wobei er, wie die Morgenblätter melden, die Bedenken der Sowjetunion gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowie gegen den Abschluß eines Sicherheitspaktes mit den Westmächten darlegte. Er erklärte in beiden Tatsachen erblicke er eine Spitze gegen Rußland. Ueber den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rußland führte er aus, daß dieser Vertrag nicht nur ein Zeichen der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern sei, sondern auch eine praktische Notwendigkeit, die den Lebensinteressen der beiden Parteien entspreche. Auch mit anderen Staaten, wie Polen, Norwegen, Japan, Persien usw. stünden Verhandlungen über Handelsverträge bevor. Die geschäftlichen Beziehungen zu Frankreich entwickelten sich gut. Die französische Regierung behandele diese Frage jedoch diktatorisch. Zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und insbesondere zu der Frage des Artikels 16 des Völkerbundspaktes erklärte Tschitscherin, daß die Nichtannahme des genannten Artikels durch Deutschland ein Faktor des allgemeinen Friedens sei. Im Anschluß an seine Ausführungen beantwortete Tschitscherin eine Reihe von Fragen, die aus der Versammlung heraus gestellt wurden. U. a. erwarte er eine Auswirkung der Annahme des Artikels 16 zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete. Die militärische Gefahr liege weiter entfernt, sei aber nicht ausgeschlossen. Er habe alle seine Bedenken bei Dr. Stresemann geltend gemacht. Ueber die Gewährung deutscher Bankkredite an Rußland lehnte Tschitscherin die Auskunft ab.

Aufklärung eines Fememordes.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Den langwierigen Bemühungen des für die Bearbeitung der sogenannten Fememorde neugeschaffenen Sonderdezernats der Berliner politischen Polizei ist es wiederum gelungen, einen dieser Fälle restlos aufzuklären. Es handelt sich um einen bis in die Mitte des Jahres 1923 zurückreichenden Vorgang, der sich in der Nähe des Lagers Elsgrund auf dem Truppenübungsplatz bei Döberitz abgespielt hat. Hier wurde zur genannten Zeit der einer „schwarzen" Formation angehörende Schütze Pannier auf Befehl der Führer der Formation durch mehrere Unterführer und Kameraden in der Nähe des sogenannten Franzer-Busches erschlagen und zunächst in einem Birkenwäldchen in geringer Tiefe verscharrt. Später erschien es dann dem Führer ratsam, eine neue Liegestelle auszuwählen, um so eine Entdeckung des Verbrechens zu verhindern. Man hob daher in einem vom Tatort ziemlich weit entfernt gelegenen früheren Uebungsschützengraben eine neue Grube aus, in der die Leiche etwa zwei Meter 25 Zentimeter unter der Erdoberfläche ruhte. Als die Leiche vor einigen Wochen nach wiederholt vergeblichen Nachforschungen endlich durch Beamte der Abteilung Ia entdeckt wurde, war sie bereits stark in Verwesung übergegangen, doch ließen sich die dem Panier seinerzeit zugefügten erheblichen Schädelverletzungen noch nachweisen. Die an der Tat beteiligten Personen, Anstifter, Täter und Begünstiger, die in ganz Norddeutschland verstreut waren, wurden nach langwieriger Jagd ausnahmslos verhaftet und sind auch zum großen Teil geständig, sodaß, da der Fall völlig geklärt ist, die Schuldigen in Kürze zur Rechenschaft gezogen werden und ihre gerechte Aburteilung zu gewärtigen haben.

Kundgebung der Sudetendeutschen.

Der Sudetendeutsche Heimatbund veranstaltete am Sonntag in Berlin im Plenarsitzungssaal des Reichstagsgebäudes eine zahlreich besuchte öffentliche Kundgebung, während der vor allem Sudetendeutsche über die Lage des Sudetendeutschtums im Verband der Tschechslowakischen Republik sprachen. Als erster Redner nahm Prof. Dr. Laun das Wort. Er betonte vor allem, der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen dürfe, das müsse immer wieder gesagt werden, nur mit friedlichen und geistigen Mitteln geführt werden, damit die Welt sehe, daß man für eine gute Sache kämpfe. Die Deutsch-Böhmen wollten nichts anderes als Behauptung ihres Volkstums. Im übrigen unterstrich Prof. Dr. Laun die Notwendigkeit, daß sich die reichsdeutsche Oeffentlichkeit stärker als bisher für die Nöte und die Wünsche des Grenz- und des Auslandsdeutschtums interessieren müsse, und daß in dieser Beziehung vor allem eine besondere Verpflichtung gegenüber den Sudetendeutschen zu erfüllen sei. Nach Prof. Laun sprachen Dr. Wolff aus Marienbad über die Auswirkung der tschechischen „Bodenreform" und Schulpolitik auf die Deutschstämmigen und weiter der Abgeordneten Kallina und Dr. Baeran über die Frage einer Selbstbestimmung der Sudetendeutschen über ihr staatliches Schicksal.

Nach der Einnahme von Ajdir.

Zu der Eroberung von Ajdir durch die Spanier meldet der „Times"- Korrespondent in Tanger, die Zerstörung des Dorfes ist zweifellos ein Ereignis von großer Bedeutung. Wen auch die „Hauptstadt" Abd el Krims nur aus einer Gruppe von Häusern bestand, war sie dennoch für Europa und Marokko eine symbolische Oertlichkeit, und ihr Fall werde beträchtliche Folgen nach sich ziehen. Der Korrespondent der „Daily News" in Tanger telegraphiert, wenn auch der Vertreter Abd el Krims in Tanger die Bedeutung dieses Sieges herabzumindern suche, bestehe doch kein Zweifel, daß das Prestige Abd el Krims in ganz Marokko schwer leiden werde.

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" veröffentlicht eine Unterredung, die Senator Borah mit der „American Newspapers Alliance" hatte. Hierbei erklärte sich Senator Borah zum Anwalt Abd el Krims. Es sei durchaus tragisch, daß neutrale Staaten nicht ihre Stimmen zugunsten von Abd el Krim erheben. Dieses Land sei niemals erobert worden. Die Rifkabylen kämpfen für ihr Leben und für ihre Freiheit. Die Aufrufe Abd el Krims müßten lebhaften Eindruck hervorrufen, weil dieser Mann sehr ernst genommen zu werden verdiene und nichts anderes als Gerechtigkeit und das Recht für sein Volk verlange, seinen Ueberlieferungen die Freiheit zu erhalten. Die Vereinigten Staaten sollen ihre guten Dienste anbieten. Wenn Frankreich diese ablehnen sollten, dann hätte Amerika wenigstens alles getan, was in seiner Macht stehe, um der Verschwendung ein Ende zu bereiten und Frankreich allein würde für die Fortdauer der Feindseligkeiten die Verantwortung tragen.

Senator Borahs „Sorgen" um Abd el Krim beziehen sich selbstverständlich in Wahrheit wohl nur auf die Ausgaben Frankreichs für den Marokkokrieg.

Wie Havas aus Madrid berichtet, wird in offiziellen Kreisen über die Lage in Marokko bekanntgegeben, daß die französischen Truppen die Stellung Saf besetzt und mit der spanischen Stellung bei Gorra Verbindung hergestellt haben. Der amtliche spanische Bericht bestätigt diese Nachricht.

Nach einer Havas-Meldung aus Fes hat Abd el Krim sich nach dem Djebel Hamun zu dem Stamm der Beni Urtaghel geflüchtet, wo er Verteidigungsstellungen bauen läßt.

Neues vom Tage.

Deutscher Sängertag in Nürnberg.

Zu dem Begrüßungsabend des 20. Deutschen Sängertages hatten sich u. a. auch Vertreter der deutschen Sänger aus Oesterreich und aus dem Auslande in großer Zahl eingefunden. Justizrat Dr. Morhard, der Vorsitzende des Fränkischen Sängerbundes, teilte zunächst mit, daß die Vertreterversammlung eine der jetzigen Zeit entsprechende neue Satzung durchberaten und als Beschluß in Kraft gesetzt habe. Er dankte der Stadtverwaltung Nürnbergs und ganz besonders Oberbürgermeister Dr. Luppe für ihr Entgegenkommen hinsichtlich der Schaffung eines deutschen Sängerbundmuseums in Nürnberg und der Errichtung eines Denkmals für die im Kriege gefallenen Sangesbrüder. Im weiteren Verlauf der Aussprache lud der Vertreter der österreichischen Sängerschaft, Schulrat Jaksch-Wien, die deutschen Sänger zum Besuche des 10. Deutschen Sängerbundfestes nach Wien ein und versicherte, daß die Sangesbrüder aus dem Reiche in Wien überall offene Herzen finden würden.

Jubiläumstagung des deutschen Fußballbundes.

Den Höhepunkt der Leipziger Jubiläumstagung des Deutschen Fußballbundes bildete eine Festsitzung im Sonnabend, zu der neben zahlreichen Vertretern der Sportverbände auch Staatssekretär Dr. Lewald und Dr. Diem vom Reichsausschuß für Leibesübungen, sowie ein Vertreter des Reichswehrministeriums erschienen waren. Den Festvortrag über „Fußball und deutscher Volkssport" hielt Rechtsanwalt Jersch. Seine Rede klang in das Deutschlandlied aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Der Bundesvorsitzende überreichte die Goldene Ehrennadel des Deutschen Fußballbundes Staatssekretär Dr. Lewald als dem ersten Verfechter des Gedankens der Leibesübungen bei den Behörden und außerdem drei früheren Bundesvorsitzenden.

Staatssekretär Dr. Lewald dankte für die Auszeichnung, ddie ihm, wie er sagte, wertvoller sei als jede andere Auszeichnung, die er in seiner langen Laufbahn erhalten habe, und führte aus, er glaube an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes, er glaube, daß die deutsche Sportjugend Deutschland wieder hinaufführen werde zu einer Höhe, wo die deutsche Flagge wieder wehe und niemand es wage, sie auch nur scheel anzusehen. Dazu seien Männer nötig, die den festen Willen hätten, einig und stark zu sein. Das sei der Gedanke des Reichsausschusses für Leibesübungen, der eine Zusammenfassung der ganzen Sportjugend bilden solle. Darum beklage er den Austritt der deutschen Turnerschaft aus dem Reichsausschuß. Der Reichsausschuß sei fest entschlossen, die Einigkeit in der ganzen deutschen Sportbewegung hochzuhalten. Im Auftrage des Reichsausschusses überreichte Staatssekretär Dr. Lewald dem Deutschen Fußballbund als Ehrengabe das lebensgroße Bildnis eines jungen deutschen Fußballers.

× **Die Steuerbehörde läßt eine Million Zigaretten verbrennen.** Eine Karlsruher Zigarettenfirma hatte, wie das Berl. Tagebl. meldet, eine Million Zigaretten unter Zollverschluß, für die am 1. Oktober die Banderole bezahlt werden sollte. Da es sich um eine billige Sorte handelte, hätte bei Bezahlung der Steuern der Verkaufspreis die Unkosten nicht gedeckt und die Firma hätte noch Geld zulegen müssen. Sie erbot sich daher, die Zigaretten an Reichswehr, Polizei, Arbeitslose und Kriegsverletzte zu verschenken. Die Steuerbehörde lehnte dies jedoch ab und bestand auf der Vernichtung der Zigaretten, die auch wirklich im Beisein von zwei Steuerbeamten verbrannt wurden, nachdem zuvor drei Steuerbeamte tagelang mit dem genauen Zählen der Zigaretten beschäftigt worden waren.

× **Schließung der Wiener Volksoper.** Die Wiener Volksoper, die schon lange mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wurde jetzt wegen Insolvenz geschlossen. Die heutige Vorstellung fällt aus. Verhandlungen sind im Gange.

× **Sturz eines Flugbootes in den Bodensee.** Nach Blättermeldungen aus Lindau stürzte ein dem Bodensee-Aero-Lloyd gehörendes Dornier-Flugboot mit fünf Insassen in den Bodensee. Der Hotelbesitzer Fruth aus Bregenz wurde tödlich, Generalmajor Jordan aus Lindau und der Flugzugführer Ströbel schwer verletzt. Die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

× **Auf der Spur der falschen Kriminalbeamten,** die kürzlich im Berliner Polizeipräsidium zwei Angestellten der Deutschen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie einen Betrag von 20 000 Mark "beschlagnahmten„ glaubt die Kriminalpolizei jetzt gefaßt zu haben. Es handelt sich um einen früheren Wachtmeister der Sicherheitspolizei Berger, der früher auch eine Zeitlang im Polizeipräsidium tätig gewesen ist. Eine Streife von Kriminalbeamten beobachteten den Verdächtigen seit zwei Tagen und stellten fest, daß er Geldsummen verausgabe, die weit über seine Verhältnisse gehen mußten. Als B. mit seiner Braut auf dem Wege nach seiner Wohnung war, wurde er festgenommen. Man brachte ihn, da er stark betrunken war, mit einer Droschke nach dem Polizeipräsidium, wo das erste Verhör stattfand. Ein Geständnis hat B. noch nicht abgelegt, doch ist an seiner Täterschaft kaum noch zu zweifeln, da sowohl die beiden „Verhafteten" als auch der Führer der Kraftdroschke in ihm einen der beiden falschen Kriminalbeamten erkannt haben. Die Ermittelungen werden fortgesetzt, insbesondere wird nach dem Komplicen gefahndet, der mit dem Geld verschwunden ist.

× **Ein Gutsbesitzer als Falschmünzer.** Die Kriminalpolizei entdeckte auf einem Gut in der Nähe von Ruppreckhstegen bei Hersbruck eine vollkommen modern eingerichtet Falschmünzerwerkstatt mit Kraftanlage zur Anfertigung von 50-Renten-Pfennigen und 2- und 3-Markstücken. Der Gutsbesitzer hatte mit seinem Kraftwagenführer und mit Hilfe weiterer Personen in wochenlanger Arbeit die Maschinen montiert und schon eine Menge Fünfzigpfennigstücke geprägt. Dagegen war die Prägung der Dreimarkstücke trotz größter Mühe nicht gelungen. Die Untersuchung wird ergeben, ob und inwieweit bereits Falschstücke in den Verkehr gebracht worden sind. Außer dem Gutsbesitzer wurden ein Graveur aus Augsburg, bei dem die Polizei 8 Gipsmodelle beschlagnahmt hatte, und der Verwalter des Gutshofes in Haft genommen

× **Vom Spritschieber Weber.** Der in der Spritschiebungsaffäre Weber verwickelte Kriminalkommissar Peters, der zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt gebracht worden war, ist wieder in das Untersuchungsgefängnis zurücktransportiert worden, nachdem der Anstaltsarzt zu dem Ergebnis gekommen war, daß Peters für die ihm zur Lastgelegten Straftaten voll verantwortlich gemacht werden könne. Die Voruntersuchung gegen Peters ist abgeschlossen. Der Prozeß gegen ihn wird im Zusammenhang mit der Verhandlung gegen den Spritschieber Weber voraussichtlich Ende Dezember beginnen.

Schlesische Nachrichten.

Die Aufwertung durch Länder und Gemeinden.

Bei der Beratung mit den Ministerpräsidenten und Finanzministern hat, dem Berliner Tageblatt zufolge, die Reichsregierung besonderen Nachdruck auf eine einheitliche und gleichmäßige Durchführung der Aufwertung Wert gelegt. Der Reichsfinanzminister betonte mit Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und die Reichsfinanzen, daß eine allzu starke Aufwertung seitens einzelner besonders leistungsfähiger Länder und Gemeinden den allgemeinen Reichskredit zu schädigen geeignet sei. Mit Rücksicht auf den Passiv-Saldo der deutschen Handelsbilanz wurde dagegen Einspruch erhoben, daß auch kleinere Städte sich um Auslandskredite bemühen.

Schlesischer Städtetag.

In den Tagen vom 2. bis 4. Oktober fand in Grünberg der Schlesische Städtetag statt. Am Freitag Abend vereinete ein Begrüßungsabend die Teilnehmer mit ihren Damen, dem am Sonnabend die Hauptversammlung folgte. Oberbürgermeister Dr. Wagner eröffnete die zahlreich aus allen Teilen der Provinz beschickte Versammlung, begrüßte besonders die Vertreter der Behörden, unter denen man Oberpräsident Zimmer und die Vertreter der Regierungspräsidenten von Breslau und Liegnitz bemerkte, und wies in seiner weiteren Ansprache auf die Schwere der Lage hin, in die die Städte durch die Ungewißheit über den Ausgang des Finanzausgleiches sich befinden. Nach den geschäftlichen Mitteilungen, die der Geschäftsführer des Städtetages erstattete, wurde als Tagungsort der nächstjährigen Zusammenkunft Bad Reinerz erkoren.

Stadtbaurat Dr. Trauer-Breslau hielt sogann einen Vortrag über die Anpassung der Straßen an den Automobilverkehr, in dem er zu folgenden Schlußfolgerungen kam: Die rasche Entwicklung des Autoverkehrs verlangt die Anpassung des Straßenbaus hinsichtlich des Bebauungsplanes und der Straßenbefestigung nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten und die Finanzierung des Straßenbaus durch Steuermaßnahmen auf die Automobile.

Bürgermeister Dr. Wiesner-Görlitz berichtete über die Rückwirkung des Aufwertungsgesetzes auf die Gemeinden, insbesondere als Garanten von Sparkassen. Er faßte seine Darlegungen wie folgt zusammen: Die Städte werden durch die Aufwertungsgesetze verschieden belastet. Die maßgebenden Stellen müssen bei ihren Entschließungen von den Verhältnissen derjenigen Städte ausgehen, die am schwersten durch die Aufwertungsgesetze betroffen werden. Jeder Prozentsatz Aufwertung mehr bedeutet eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer und trifft damit Kreise, denen es unter Umständen schlechter geht als den Aufwertungsberechtigten. Es muß daher gefordert werden, daß die Bestimmungen der Anleiheablösungsgesetze nicht verschärft werden, daß der Aufwertungssatz bei der Sparkassenaufwertung nicht wesentlich über 12,5 v. H. erhöht wird, und daß für die Rückzahlung der Spareinlagen eine größere Frist gegeben wird.

Der regen Aussprache über diese beiden Vorträge folgten zwei Lichtbilder-Vorführungen über Ziele und Leistungen der deutschen Volks-Erholungsheime und Stadt- und Industrie-Film von Grünberg.

Schlesische Provinzialsynode.

Der Antrag betreffend Gewährung einer Unterstützung zum Bau eines Almunats in Sagan wurde in der 8. Sitzung am Sonnabend besonders damit begründet, daß die evangelische Kirche in Schlesien vorläufig nur über ein einziges Almunat (Bunzlau) verfügt. Demgegenüber besitzt die katholische Kirche sechs derartige Anstalten. Ein Darlehen kommt aber bei d. gegenwärtigen finanziellen Lage nicht in Frage. Jedoch will die Synode für 1925-27 eine Beihilfe in möglichster Höe gewähren.

Ueber das Bayerische Konkordat vom Januar 1925 und seine Folgen berichtete Pastor Gerhard. Ausgehend von dem Konkordat von 1817 gab er eine Darstellung der evangelisch- und katholisch-kirchlichen Entwickelung bis zur Gegenwart und ihrer Gefahren für die evangelische Kirche, die sich nicht nur auf rein kirchlichem Gebiet auswirken, sondern vor allem auch auf schulpolitischem und familienrechtlichem Gebiet zum Vorschein kommen. Das Bayerische Konkordat ist klarster Ausdruck der gefährlichen Entwickelung. Nach seinem Muster will nun die römische Kirche auch in Preußen und dem übrigen Deutschen Reich Konkordate abschließen. Diesem Bestreben kann die Synode nur mit einem entschiedenen Nein entgegentreten. Sie formuliert ihre Stellungnahme in folgendem, einstimmig angenommenen Antrag: Die Schlesische Provinzialsynode erklärt sich mit Entschiedenheit „gegen den Abschluß eines Konkordats" mit der römischen Kurie sowohl im Deutschen Reich wie in Preußen. Ein Konkordat untergräbt die Hoheit des Staates, gefährdet die deutsche Kultur und Bildung, trägt Unfrieden in unser Volk, ja in die Familien. Die Schlesische Provinzialsynode fordert, daß das Verhältnis der Kirche zum Staat nach dem Vorgang von Württemberg durch ein Staatsgesetz nach deutschem Recht geregelt wird. Ein Zusatzantrag des Rektors Kolog auf Einbeziehung eines eventuellen Reichsschulgesetzes kommt im Lauf der Tagung noch speziell zur Beandlung.

Ein Antrag der Kreissynode Oels, betreffend Aufrückung der Pfarer in die 11. Gehaltsstufe soll durch Kirchengesetz erledigt werden; ein Antrag der Kreissynoden Kreuzburg Glatz und Strehlen wegen Wahl der kirchlichen Körperschaften wird der Generalsynode als Material überwiesen, ebenso ein Gesuch des Pfarrers Pathe (Küpper) wegen Errichtung einer Landespfarrerkasse.

Ueber einen Antrag des Dr. med. Sittig betreffend Bestallung nichtakademischer Geistlicher zu ordentlichen Pfarrern ging die Synode zur Tagesordnung über, da es sich in dem vorerwähnten Falle der Bestallung eines seminaristisch vorgebildeten Missionars zum Pfarrer und Superindenten um eine Ausnahme handelt, die an der von der Kirchenleitung geübten Verwaltungpraxis nichts zu ändern vermag. Anträge des Ausschusses der Kreissynode betreffend Unterstützung der Anstalten der Inneren Mission, besonders der weiblichen Diakone wurden dahin erledigt, daß bei der Universitätsvorbildung der Pfarrer sowie beim Lehrvikariat auch die Diakonie berücksichtigt und ein Aufruf zur Unterstützung der Diakonie an alle Gemeinden erlassen werden soll.

Es folgte dann die Erledigung des Haushaltsplanes der Prov. Synodalkasse, und im Anschluß daran die Besprechung einer Reihe von Anträgen der Finanzkommission. Bewilligt wurden ein vom Konsistorium beantragtes Mittel von jährlich 4000 Mark zur Veranstaltung von homiletischen und kathetischen Fortbildungskursen für Geistliche, eine jährliche Beihilfe von 500 Mark jährlich für 1925-27 für den Verein für die Geschichte der evangelischen Kirche Schlesiens, die Vorlage des Konsistoriums, betreffend Besoldung der Flußschifferdiakone, sowie Kosten zur Abhaltung von Generalkirchenvisitationen (3000 Mark jährlich) und Beihilfe zur Förderung des Interesses und der Kenntnisse auf dem Gebiet der Kirchenmusik (4000 Mark für 1925-27 jährlich), eine Beihilfe in Höhe von 1000 Mark jährlich für das Schles. Konvikt in Halle, eine gleiche in Höhe von 500 Mark jährlich für den Schles. ev. Kirchenmusikverein und schließlich der Betrag von 3000 Mark jährlich zur Verzinsung und Tilgung eines gegen Hypothek auf das Generalsuperintendanturgrundstück aufzunehmenden Darlehns.

Der vorgelegte Haushaltsplan für 1925-27 wurde mit einigen Abänderungen genehmigt. Der Ev. Ober-Kirchenrat wird auf Antrag gebeten, der Provinzialsynode die Genehmigung zu geben, in Zukunft als provinzial-kirchliche Umlage einen Betrag zu erheben, der nicht 10 Prozent, sondern 15 Prozent der gesamtkirchlichen Umlage gleichkommt, da es unmöglich ist, die dringenden kirchlichen Bedürfnisse in auch nur einigermaßen befriedigendem Umfange mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln zu befriedigen.

Als Auslagesache wurden bewilligt jährlich 6000 Mark zur Anstellung eines vom Sozialen Ausschuß anzustellenden Pfarrers, 20 000 Mark zur Unterstützung von Kreissynoden bei der Anstellung von Kreispfarrern für Jugendpflege, soziale Arbeit usw., von Kreisjugendpflegern, Arbeitersekretären usw. ferner 10 000 Mark für den Evangelischen Presseverband.

Da durch behördlichen Erlaß für den 31. Oktober für evangelische Lehrer und Schüler, die am Gottesdienst teilnehmen wollen, schon Schulfreiheit besteht, ist ein in diesem Sinne gehaltener Antrag der Kreissynode Hoyerswerda als erledigt betrachtet worden.

Die Geschäftsordnung des Prov. Kirchenrats wurde debattenlos angenommen.

Wohnungsdiebe auf der Rundreise.

Der verwegene Raubzug, der sich in Waldenburg und in Schweidnitz seine Beute suchte, scheint seine Fortsetzung auch in Reichenbach gefunden zu haben. In Waldenburg waren es am Donnerstag vormittags sechs Einbrüche, in Schweidnitz am darauf folgenden Tage vormittags fünf; immer waren es hochgelegene Wohnungen an belebten Straßen und deren Inhaber für kurze Zeit fortgegangenen waren. In Schweidnitz scheinen die Täter schon mit dem Zuge um 11 Uhr die Stadt verlassen zu haben, denn ganz genau die gleichen Spuren fanden sich jetzt in Reichenbach am selben Tage nachmittag. Dort wurde am Ringe in dem Hause des Buchdruckereibesitzers Maetschke ein gleichartiger Einbruch verübt. Auch hier drangen die Einbrecher bis in die oberste Etage vor, öffneten gewaltsam ein Mädchenzimmer und drangen noch in ein anderes verschlossenes Zimmer ein, in welchem wertvolle Garderobe verwahrt wurde. Sie stahlen einen Skungsmuff, einen Frackanzug und einen guten Gesellschaftsanzug. Weitere Pelzsachen ließen sie liegen, da sie wahrscheinlich für den Fortransport zu umfangreich waren. Der Einbruch wurde erst am späten Abend bemerkt. Es blieb daher auch jedes Nachforschen nach den Einbrechern vergeblich. In Verdacht bei den Einbrüchen in Schweidnitz und Waldenburg und damit wohl auch in Reichenbach, kommen zwei junge Leute, die Ansichtspostkarten zum Kauf bieten und dabei sehen, ob die Inhaber der Wohnungen daheim sind oder nicht und sie suchen sich stets höhere Etagen auf, weil in diesen der Hausverkehr nicht so stark ist, wie weiter unten. In einzelnen Fällen locken sie sogar die Inhaber der Wohnungen mit fingierten Angaben absichtlich fort.

Waldenburg. (Neuer Lohnstreit.) Kaum, daß die vom Arbeitsminister ausgesprochene Verbindlichkeit des letzten Schiedsspruches in der vergangenen Woche zur Tatsache geworden ist, hat der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens den neuen Lohntarif bereits wieder zum 31. Oktober gekündigt und verlangt von den Arbeitern einen Lohnabbau von 15 Prozent für das gesamte Revier, außerdem auf den Gruben in Gottesberg, Rothenbach und Neurode eine gesonderte Differenzierung der Löhne, was zum Teil sogar Lohnabbau bis zu 25 Prozent bedeutet. Diese Maßnahme hat zu starken Protestkundgebungen der Arbeiterschaft geführt, die von vornherein jeden Schritt in dieser Beziehung als unannehmbar und undurchführbar bezeichnen. Es sind bereits Konferenzen der Betriebsratsmitglieder der freien Gewerkschaften im Bergbau und der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes einberufen worden, in denen zu dem Verlangen der Arbeitgeberverbände Stellung genommen werden soll.

Reichenbach. (Die Macht der Einbildung!) Viel belacht wird hier eine Geschichte, die sich bei einem Ringe wohnenden Dentisten abspielte. Eine Frau aus der Umgebung war in zahnärztlicher Behandlung und ließ sich zu ihrem bereits mit einem Gebiß versehenen Unterkiefer noch ein Gebiß für den Oberkiefer bauen. Der Dentist nahm die nötigen Verpassungen vor und bedeutete der Frau, daß sie am nächsten Tage wiederkommen möchte. Und sie kam auch. Aber in größter seelischer Erregung. Mit Tränen im Auge erzählte sie bewegt, daß sie in der vergangenen Nacht ihr Unterkiefergebieß verschluckt habe. Als sie früh aufwachte, habe sie mit Schrecken wahrgenommen, daß sie keine Zähne mehr im Munde hatte, da sie im Schlafe verschluckt waren und daß sie das Gebiß in der Magengegend schwer drücke. Sie sei bereits beim Arzt gewesen und dieser habe angeordnet, daß sie nach dem Krankenhause müsse, um dort mit Röntgenstrahlen durchleuchtet und wahrscheinlich dann operiert zu werden. Sie solle fleißig Kartoffelbrei essen, damit sich das Gebiß darin einpacke und leichter entfernt werden könnte. Dazu weinte sie in Todesangst herzzerbrechend, bis der Dentist, der zuerst ganz sprachlos war, ihr sagte: „Aber, Frauchen, Sie haben das Gebiß ja gar nicht verschluckt! Ich hab's Ihnen doch gestern beim Einpassen herausgenommen und dabehalten! Hier ist's ja!" Und so war es. Er hatte es zum Zwecke der Anpassung des anderen Teiles zurückbehalten und das auch der Frau gesagt, was sie aber überhört haben muß. Und sie hatte bestimmt das verschluckte Gebiß im Magen „gefühlt"! Den Rat, wieder zum Arzt zurückzugehen und ihn aufzuklären, lehnte sie ab, das werde sie nie und nimmer tun, denn sie sei genug blamiert! Und auch im Krankenhause hat sie sich zur „Röntgung" nicht eingefunden.

Jauer. (Der Baummarder als Haustier.) Ein Förster im Landkreise hat einen Baummarder, der im Frühjahr beim Fällen von Bäumen in einem Marderneste eines Baumes aufgefunden wurde. Das Tier hat sich so an seinen Herrn gewöhnt, daß es ihm auf Schritt und Tritt folgt und völlig zahm ist.

Görlitz. (Ein schwerer Eisenbahnbetriebsunfall) ereignete sich auf der Strecke Görlitz—Zittau kurz vor dem Tunnel an der Blockhausbrücke. Ein von Zittau kommender Güterzug kreuzte sich dort mit einem vom Bahnhof Görlitz ausfahrenden verspäteten Personenzug nach Zittau. Eine vor dem Tunnel mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Gruppe Streckenarbeiter konnte sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen. Fünf Arbeiter wurden überfahren, davon wurde einer leicht, die anderen vier aber schwer verletzt. Sie wurden mit dem sofort herbeigerufenen Krankenauto ins Krankenhaus gebracht. Ärzte und Sanitätspersonal waren auch bald zur Stelle.

Friedland. (Der Dank für das Stadtjubiläum.) Zu Ehrung verdienstvoller Persönlichkeiten, die sich um das Zustandekommen des 600jährigen Stadtjubiläums hervorragend bemüht haben, gestaltete sich die letzte Stadtverordnetensitzung, der auch der aus dem Amte scheidende Landrat Schütz des Kreises Waldenburg als Gast beiwohnte. Ihm wurde unter herzlichen Worten des Kreises ein Album der Stadt Friedland überreicht. Ein ebensolches erhielt auch Ratsherr Rektor Fleischer als Organisator der Jahrhunderfeier. Ferner nahm die Versammlung verschiedene Schenkungen, die der Stadt bei der Jubiläumsfeier als Widmung aus den Reihen der Bürgerschaft gemacht worden sind, mit Dank an. Sie gelten zum Teil der Wohlfahrtspflege, der Tuberkulosebekämpfung, dem Krankenhause und der Armenunterstützung. Mitgeteilt wurde, daß die Jubiläumsfeier in finanzieller Hinsicht mit rund 20 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe abschließt. Die Stadt hat auch den Film käuflich erworben, der kinematographische Aufnahmen von der Jubelfeier festhält.

Kieslingswalde. (Der Dachs in der Rattenfalle.) Der zahlreich vorkommenden Bisamratten wegen hatte der Gemeindevorsteher an den Teichufern am Niederhofe einige Fallen aufgestellt. Dieser Tage nun war eine verschleppt. Es konnte sich nur um ein größeres Tier handeln, das in die Falle gegangen war. Man ging der Spur nach und fand in einem in der Nähe des Teiches liegenden Busche einen Dachs, der mit den beiden Hinterfüßen im Eisen hing und die Falle ein ganzes Stück fortgeschleift hatte. Meister Grimbart, ein ausgewachsener feister Geselle, lag in tiefem Schlaf und konnte mühelos gefangen werden. Er wurde der Schuljugend gezeigt und soll wieder freigelassen werden. — Innerhalb einer Woche wurden in den ausgestellten Fallen nicht weniger als acht Bisamratten gefangen.

Nimptsch. (Es war ein richtiger Gerichtsvollzieher!) Eine überraschende Aufklärung hat der „Ueberfall" in der Wallisschen Besitzung in Senitz gefunden. Die Frau des Besitzers hatte behauptet, daß sie von einem Banditen überfallen worden sei, der sich unter der Maske eines Gerichtsvollziehers bei ihr eingeführt hätte und dann eine Schußwaffe auf sie richtete. Wie sich jetzt herausstellt, war jener Mann ein ganz richtig gehender Gerichtsvollzieher — aber kein Bandit! Es war der Stellvertreter des Reichenbacher Gerichtsvollziehers, der dort zuständig ist und sollte eine Pfändung vornehmen, doch geberdete sich dabei die Frau wie eine Rasende und griff sogar zu einem Messer, das sie gegen ihn richtete. Erst dann zog der Beamte seine Waffe und hielt damit die Frau im Schach. Diese aber schlug Alarm und stellte die Sache so dar, als sei der Beamte ein Räuber und die zu Hilfe eilenden Leute wurden derartig bedrohlich gegen ihn, daß er tatsächlich auf dem Rade enteilen mußte.

Einheimisches.

Polizeiliche Unterbringung Obdachloser.

Im Anschluß an die RdErl. v. 7. 6. 1923 — M.-V. II 6 Nr. 1303, MdJ. 4 E 2149 u. v. 2. 1. 1925 — 4 E 2217 (MBliV. S. 6) weist der Minister des Innern aus Anlaß zahlreicher Beschwerden darauf hin, daß „Obdachlosigkeit" einer Familie keinesfalls ohne weiteres schon dann als vorliegend angenommen werden darf, wenn der Gerichtsvollzieher auf Grund eines vollstreckbaren Titels zur Räumung schreiten will. Die Räumung muß vielmehr bereits erfolgt sein, und es muß feststehen, daß die Exmittierten aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln nicht in der Lage sind, sich ein notdürftiges Unterkommen zu beschaffen, und daß ihnen hieraus eine unmittelbare Gefahr droht. Die Obdachlosigkeit beheben heißt nicht, der Familie eine „Wohnung", sondern ein „Obdach" verschaffen, sei es durch Unterbringung in einem Asyl, einem Arbeitshause, einer Herberge, in einer leerstehenden Baracke oder in sonstigen Räumen irgend welcher Art, auch wenn sie sonst zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht bestimmt sind. Sind diese Möglichkeiten völlig erschöpft, und läßt sich die der Familie durch die Obdachlosigkeit drohende Gefahr auf keine andere Weise als durch zwangsweise Einweisung in eine freistehende Wohnung beseitigen, so hat die Polizeibehörde erst in allerletzter Linie auf die bisher von der Familie bewohnten Räume zurückzugreifen, sofern sie nicht in der Zwischenzeit anderweitig vermietet sind. Hierbei hat die Polizeibehörde wiederum zu beachten, daß es sich nicht um eine dauernde wohnliche Unterbringung, auch nicht um die Unterstellung des Hausrats sondern um die Besorgung des notwendigsten Obdachs für die Menschen handelt, so daß sie gegebenenfalls mit der Einweisung der Familie in einen Teil der bisherigen Wohnung, vielleicht in das zugehörige Dachgeschoß, ihrer Pflicht genügt. Dabei ist ferner zu beachten, daß exmittierte Mieter in erster Linie selbst, wie auch früher vor der Zeit der Wohnungsnot, als verpflichtet anzusehen sind, sich Obdach zu beschaffen, zumal in den meisten Orten wenigstens möblierte Zimmer in genügender Zahl zur Verfügung stehen; sie dürfen nicht ruhig abwarten, bis die Polizei sie unterbringt.

Zur Kostenfrage wird noch bemerkt, daß die Polizei für die Dauer der Einweisung eines Exmittierten in die bisher von ihm bewohnten Räume, abgesehen von den Räumungskosten, für die ganze laufende Miete, einschl. der Hauszinssteuer, aufzukommen hat. Schon mit Rücksicht auf die den Polizei-Kassen hierdurch erwachsenden Ausgaben ist von der Wiedereinweisung Exmittierter — insbesondere böswilliger Mieter — nur in den dringendsten Fällen Gebrauch zu machen.

— **Die Verhandlung gegen Gebr. Appelt,** welche am Montag beginnen sollte, wurde aus formalen Gründen auf Donnerstag, den 8. d. Mts. vertagt.

— **Ein stürmischer Winter mit hohen Kältegraden** ist nach Angabe verschiedener Wetterpropheten in Sicht. Fröste und Schneefälle sollen verhältnismäßig zeitig eintreten. Sehen wir zu, obs stimmt.

— **Der Himmel im Oktober.** Der Monat Oktober redet schon mit harter Stimme, und aus den einsetzenden Herbststürmen hört man die Fanfarenrufe des näher rückenden Winters, mag uns auch noch mancher schöne, milde, stille Herbsttag zwischendrein beschieden sein. Die Tagesspanne wird noch überraschend schnell kürzer. Am 1. Oktober geht die Sonne noch einmal nach 5 Uhr, nämlich 5 Uhr 59 Minuten auf; zu Ende des Monats kommt sie uns erst 6 Uhr 50 Minuten zu Gesicht. Die Sonnenuntergangszeiten sind: am Ersten 5 Uhr 40 Min., am Letzten 4 Uhr 37 Minuten. Am 23. Oktober, 11 Uhr abends, tritt die Sonne in das Zeichen des Skorpions. Die Zeiten des Mondwechsels sind: am 2. Oktober 6 Uhr vormittags Vollmond, am 9. Oktober 8 Uhr abends letztes Viertel, am 17. Oktober, 7 Uhr abends Neumond, am 24 Oktober, 8 Uhr abends erstes Viertel und am 31. Oktober 6 Uhr abends Vollmond.

Breslauer Getreidebericht.

Die Preise verstehen sich für Getreide, Mehl und Oelsaaten für je 100 Kilogr., für Kartoffeln u. Rauhfutter für je 50 Kilogr.

Getreide. Tendenz: bis auf Hafer flau. Weizen 18,36, Roggen 15, Hafer 16,50, Braugerste 19,50, Wintergerste 17.

Mehl. Tendenz: matt. Weizenmehl 29,50, Roggenmehl 22,50. Auszugsmehl, neue Ernte 35.

Kartoffeln. Tendenz: bei ausreichendem Angebot ruhig. Speisekartoffeln (Erz.-Höchstpreis ab Verladestation) rote u. weiße 1,40, Fabrikkartoffeln 7½ Pfg. je Prozent Stärke.

Oelsaaten. Tendenz: ruhig. Winterraps 34, Leinsamen 38, Senfsamen 52, blauer Mohn 86.

Aufforderung.

Die Pächter städt. Acker- oder Wiesen-Parzellen, welche beabsichtigen Pachtflächen liegen zu lassen, haben dies innerhalb der nächsten acht Tage im Magistratsbüro zu melden.

Ohne vorherige Genehmigung des Magistrats dürfen Pachtflächen an andere Personen zur Nutzung nicht überlassen werden.

Der Magistrat.

Da wir außer Stande sind, jedem einzeln zu danken, so erlauben wir uns, auf diesem Wege für die uns anläßlich unserer

Vermählung

dargebrachten Glückwünsche und Blumenspenden

herzlichst zu danken.

Sacrau, im Oktober 1925.

Reinhold Manja u. Frau
Else geb. Ernst.

Für die zahlreichen Ehrungen und Glückwünsche anläßlich unserer

Vermählungsfeier

sagen wir hierdurch allen unseren

herzlichsten Dank.

Sacrau, den 3. Oktober 1925.

Rudolf Letto und Frau
Frieda geb. Reitzig.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, den 9. Oktober d. Js., Vormittags 9½ Uhr, werde ich in **Sacrau, im Hofe des „Kaffeehauses"** (anderweitig gepfändet)

1 Divan mit Decke, 1 Guitarre, 1 Damen-Armbanduhr, 2 Waschkleider, 1 Tuchkostüm, 2 Taghemden, 3 Hemdhosen

meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Oels, den 7. Oktober 1925.

Kessner, Obergerichtsvollzieher.

Gesellen-Verein „Felsenfest".

Sonnabend, den 10. Oktober, bei Menzel „Blauer Hirsch":

Herbstvergnügen

verbunden mit

Tanz und humoristisch. Vorträgen

von Humorist und Komiker
C. Heptner, Breslau.

Eintritt: Damen 50 Pf., Herrn 1 Mk. einschließlich Tanz.

Anfang 7 Uhr. **Ende??**

Um gütigen Zuspruch bittet

Das Komitee.

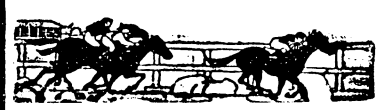
KUKUBI-Lichtspiele Hundsfeld.

TURF und LIEBE

Ein Rennfilm voll von Aufregungen und Spannungen mit

JACK PICKFORD
IN DER HAUPTROLLE

TERRA VERLEIH



Sonnabend u. Sonntag

abends 8 Uhr je 1 Vorstellung.

Noch nie dürfte den Filmfreunden Gelegenheit geboten worden sein, ein derartiges packendes

Großes Pferderennen

mitzuerleben, wie es diesmal unser fabelhaftes Programm zeigt;

in Hundsfeld

muß alles auf den Beinen sein und niemand darf sich diese einzig dastehende Gelegenheit entgehen lassen.

Das ohnehin flotte Tempo des Films „Turf und Liebe" steigert sich zum Schluß derart, daß das Publikum vor Spannung kaum zu atmen vermag und bei dem glänzend aufgenommenen Rennen vor Aufregung zappelt.

Erstklassiges Beiprogramm!

Nächsten Sonntag, Nachmittag 4 Uhr:

Große Kinder-Vorstellung.

Schützengesellschaft

Morgen, Donnerstag d. 7. d. Mts. 2½ Uhr

Prämienschießen.

Um 6 Uhr

Monats-Versammlung

im Schützenhause.

Tagesordnung:
Stiftungsfest-Feier und Verschiedenes.

Jüngerer

Haushälter,

der ein Pferd besorgen kann, wird per bald gesucht, unter Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Offert. unter **H. S. 80** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Alle

Saatbeizmittel

wie

Blaustein, Uspulun, Germisan, Tillantin, Corbin

(gegen Tierfraß)

empfiehlt

Adler-Drogerie
Hundsfeld

Krieger-Verein Hundsfeld.

Sonntag, den 11. Oktober, Nachmittag 3½ Uhr:

1) Appell und Einziehen der Beiträge.
2) Sehr wichtiger Vortrag, daher zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Etabl. „Blauer Hirsch"

Hundsfeld, Ring.

Sonntag, den 11. Oktober 1925

Großes Kirmeskränzchen

verbunden mit

Gänse-, Enten- und Hasen-Abendbrot.

Es ladet ergebenst ein

Gustav Menzel.

Verblüffend billige Preise!

bei guten Stoffen, guter Verarbeitung Garantie: guter Sitz

Straßen-Maßanzug . . .	Mk 35,—
Kammgarn und Cheviot .	Mk 48,—
Gabardine-Maßanzug . .	Mk 55,—

R. E. Vetter, Sacrau,
Trebnitzerstrasse 20.

Henko
Man spart Seife!

Mit-verwendung der altbewährten **Henko** Henkel's Wasch- und Bleich-Soda beim Waschen verbilligt die Wäsche!

Ia. Kraut

zum Einhobeln gibt preiswert ab

Mindner's Gärtnerei.

Hühneraugen groß und klein, beseitigt **Kukirol** allein

und zwar schnell, sicher, unblutig und schmerzlos. Aerztlich empfohlen. Vielmillionenfach bewährt. Packung 75 Pfg.

Das Kukirol-Fußbad verstärkt die gute Wirkung des Kukirol-Hühneraugen-Pflasters, kräftigt Muskeln und Sehnen und verhütet Fußschweiß, Wundlaufen und Brennen der Füße. Doppelpackung 50 Pfg., Probepackung 30 Pfg.

Der Kukirol-Streupuder wirkt desinfizierend, schont die Strümpfe und ist für Wanderer und Sportsleute unentbehrlich. Blechstreudose 1 Mark.

Die Kukirol-Präparate sind in fast allen Apotheken und Drogerien erhältlich, bestimmt aber in den nachstehenden Kukirol-Verkaufsstellen:

Adler-Drogerie Hundsfeld, Breslauerstrasse 14.

Ein Wurf

Rasse-Ferkel

verkauft

Keil, Mirkau.

Starke

Absatzferkel

verkauft

Agnes Nitschke, Bischwitz

Packpapier

empfiehlt

Hundsfelder Stadtblatt.

Ausgekämmt. Haare

werden gekauft,

künstliche Haararbeiten

jeder Art werden angefertigt

Reparaturen

von Schildpatt-Garnituren, Kämmen u. dgl. werden angenommen.

Paul Maiwald, Friseur.

Gleichzeitig empfehle mich zum Abschluß von Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-, Lebens-, Volks- u. Kinderversicherungen.

Druck und Verlag: S. Kopjewski, Hundsfeld. Verantwortlicher Schriftleiter: S. Kopjewski, Hundsfeld.